



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 27

März 2014

Chancen und Stolpersteine im kolumbianischen Friedensprozess

Olivier Vogel



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Olivier Vogel, B.A. ist Politikwissenschaftler und studiert seit Oktober 2013 Internationale Beziehungen (M.A.) an der TU Dresden. Im Frühjahr 2014 absolvierte er ein Praktikum in der Forschungsabteilung des Ibero-Amerikanischen Instituts. E-Mail: o.vogel@gmx.net; Twitter: [@donolito](https://twitter.com/donolito)



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Die **IBERO-ANALYSEN** bieten Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:
(<http://www.ibero-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 266 45 3000
Telefax: 030 – 266 35 1550
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2014

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 978-3-935656-55-6

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:

<<http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>>



Chancen und Stolpersteine im kolumbianischen Friedensprozess

Olivier Vogel

Die Friedensgespräche in Havanna zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, FARC) zeigen zunehmend Aussichten auf Erfolg. Nachdem im Mai 2013 ein erster Schritt mit einem vorläufigen Abkommen über ländliche Entwicklung erzielt werden konnte, wurde im November ein partielles Übereinkommen bezüglich der politischen Partizipation der FARC erreicht. Die Chancen dafür, dass nach etwa fünf Jahrzehnten bewaffneten Konflikts tatsächlich ein Abkommen zwischen der größten Rebellenorganisation und der Regierung zustande kommt, sind damit so hoch wie noch nie in der neueren Geschichte des Landes.

Nichtsdestotrotz liegen einem umfassenden Friedensabkommen und dessen erfolgreicher Implementierung noch einige Stolpersteine im Weg. So stehen noch Verhandlungen über Lösungsansätze für das Problem illegaler Drogen und die Entschädigung der Opfer des bewaffneten Konflikts aus. Auch das Thema Übergangsjustiz und die Modalitäten des Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Rebellen sind noch nicht geklärt (ICG 2014: 1).

Während die FARC als größtes Rebellenetzwerk seit Ende 2012 in Havanna verhandelt, gibt es bis dato noch keine Gespräche zwischen der Regierung und der kleineren, aber ebenfalls einflussreichen "Armee der Nationalen Befreiung" (*Ejército de*

Liberación Nacional, ELN). Ein Teilabkommen, das nur einen Waffenstillstand der Regierung mit den FARC, nicht aber mit der ELN umfasst, kann dem Friedensprozess schaden. Es besteht die begründete Gefahr, dass sich demobilisierungsunwillige Fraktionen der FARC in einem solchen Fall der ELN anschließen könnten, sei es aus ideologischen oder aus ökonomischen Motiven (ICG 2014: i).

Neben militärischen und materiellen Problemen stellt sich auch die Frage nach der Akzeptanz des Friedensdialogs in der öffentlichen Meinung Kolumbiens. Die Verhandlungsstrategie der Regierung von Präsident Santos ist dabei auch im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 zu sehen. Der amtierende Präsident möchte im Mai wiedergewählt werden und hat seit Beginn des Friedensdialogs klargemacht, dass er sein politisches Schicksal mit einem Erfolg der Verhandlungen verknüpft (El Telégrafo 2013b). Obwohl sein ursprünglich proklamiertes Ziel, die Verhandlungen vor den Wahlen im Mai abzuschließen, wahrscheinlich nicht erreicht werden kann, genießt er bis jetzt noch den Rückhalt sowie die soziale und politische Legitimation, um seinen Kurs fortzusetzen. Ein ähnliches Bild ergeben auch die demoskopischen Indikatoren für die erste Runde der Präsidentschaftswahlen. Sämtliche politischen Kontrahenten liegen seit mehreren Monaten laut Umfragen verschiedener Institute (Datexco, Ipsos, Cifras y Conceptos, Invamer Gallup) relativ

Die Verhandlungsstrategie der Regierung von Präsident Santos ist auch im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 zu sehen. Der amtierende Präsident möchte im Mai wiedergewählt werden und hat seit Beginn des Friedensdialogs klargemacht, dass er sein politisches Schicksal mit einem Erfolg der Verhandlungen verknüpft.

Die Unterstützung für Santos und die relativ konstante Mehrheit für die Friedensverhandlungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es prominente und einflussreiche Akteure gibt, die dem Prozess ablehnend gegenüberstehen.

abgeschlagen hinter Santos (El Tiempo 2014b, Semana 2014c, Caracol 2014, El Espectador 2014b). Demnach würde der amtierende Präsident im ersten Wahlgang 25-35 % der Stimmen erreichen. Hinter ihm liegen abgeschlagen Clara López (*Polo Democrático*, PD) mit 4-7 %, Óscar Zuluaga (*Centro Democrático*, CD) mit 6-11 %, Enrique Peñalosa (*Alianza Verde*, AV) mit 5-9 %, Aída Abella (*Unión Patriótica*, UP) mit 1-4 % und Marta Lucía Ramírez (*Partido Conservador*, PC) mit 3-9 %. Santos ist bisher klarer Favorit, muss aber wahrscheinlich mit einem zweiten Wahlgang rechnen. Ein anderes Bild ergibt eine Umfrage von Datexco, die Wahlberechtigte nach ihrer Wahlentscheidung für den zweiten Wahlgang befragte. In diesem lägen die Kandidaten Juan Manuel Santos und Enrique Peñalosa mit jeweils circa 40 % ungefähr gleichauf (Semana 2014g). Der Wettlauf um das Präsidentenamt ist somit aus derzeitiger Sicht noch völlig offen.

Die Unterstützung für Santos und die relativ konstante Mehrheit für die Friedensverhandlungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es prominente und einflussreiche Akteure gibt, die dem Prozess ablehnend gegenüberstehen. Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002-2010) und sein politischer Ziehsohn Óscar Zuluaga (CD) sind die schärfsten Kritiker der Friedensagenda. Erklärtes Ziel der uribistischen Strömung ist es, den Friedensdialog mit den häufig als *narcoterroristas* bezeichneten Guerilla-Gruppierungen zu verhindern oder zumindest zu torpedieren. Uribe, der in seiner Amtszeit mit der Fortsetzung des *Plan Colombia* seines Vorgängers Andrés Pastrana die Guerillagruppen

erheblich schwächen konnte, verfolgt bis heute eine Politik des militärischen Sieges gegen die FARC. Anders verhält es sich mit der aktuellen Regierung, die durch Konzessionen in den bereits verhandelten ersten Punkten der Havanna Agenda der Guerilla bereits entgegen gekommen ist.

Teilerfolge: Agrarreform und politische Partizipation

Der im Oktober 2012 begonnene Friedensprozess bekam nach zwischenzeitlichen Schwierigkeiten im Mai 2013 durch die erste gemeinsame Zwischenerklärung deutlich Aufwind. In einer Pressekonferenz gaben die Verhandlungsführer der Guerilla (Iván Márquez) und der Regierung (Humberto de la Calle) bekannt, einen "Durchbruch" für eine umfassende Agrarreform erreicht zu haben (Semana 2013a). Das als "ganzheitliche Landreform" betitelte Programm soll folgende Probleme lösen: Nutzung von bisher unproduktiven Ländereien durch die lokale Landwirtschaft, Formalisierung von Eigentumstiteln, Subventionsprogramme für kleine und genossenschaftlich organisierte Betriebe sowie erleichteter Zugang zu Mikrokrediten (El País/Colombia 2013). Die Erklärung betonte mehrfach das Ziel, die eklatanten Besitz- und Wohlstandsasymmetrien in den ländlichen Gebieten zu verringern. Das Teilergebnis kann als Geste des guten Willens und der Vertrauensbildung zwischen beiden Parteien gedeutet werden. Die Regierung Santos machte durch das Entgegenkommen klar, dass sie die Grundursachen des bewaffneten Konflikts akzeptiert hat. Sie machte dadurch den Weg frei für die nächsten Themen der Agenda.

Sechs Monate nach dem ersten Teilabkommen stellten die Beteiligten im November 2013 das Ergebnis für den zweiten Punkt der Agenda – politische Garantien und Partizipation – vor. Im Falle einer Einigung in allen Punkten ("nichts ist beschlossen, solange nicht alles beschlossen ist") trifft der kolumbianische Staat folgende Maßnahmen:

1.) Repräsentationsgarantie im Unterhaus für Vertreter der Provinzen, die besonders stark unter dem bewaffneten Konflikt gelitten haben. Diese Garantie soll für eine noch zu definierende Übergangszeit gelten.

2.) Schaffung eines "Oppositionsstatuts" für neue, nach dem Friedensdialog gegründete Parteien und Bewegungen. Die staatlichen Institutionen verpflichten sich, neue legale politische Akteure mit absoluter Gleichheit zu behandeln, unabhängig von ihrem politisch-historischen oder ideologischen Hintergrund. Für diese Parteien oder Bewegungen sollen in einer Übergangszeit noch zu bestimmende spezielle Konditionen gelten, um ihre Eingliederung in das System des politischen Wettbewerbs zu erleichtern und einen politischen Pluralismus in Kolumbien zu fördern.

3.) Stärkung und Aufwertung der lokalen, genossenschaftlichen und "alternativen" Medien. Ziel ist es, den Kommunikationssektor zu "demokratisieren" (Semana 2013b).

Die Teilergebnisse wurden in Kolumbien überwiegend positiv bewertet. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei Punkt 2 nur um ein vorläufiges Ergebnis. Es wurde nicht abschließend geklärt, welche Restriktionen in puncto politische Partizipation es für ehemalige Mitglieder der Guerilla, denen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgewor-

fen werden, geben wird (El Colombiano 2013b). Nach derzeitigem Stand stehen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die Implementierung des Abkommens und das Thema Drogenhandel noch aus.

Ursachen der erneuten Friedensverhandlungen

Im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen gab es in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt Versuche, mittels politischer Verhandlungen einen Waffenstillstand und Friedensverträge zwischen den beteiligten Konfliktparteien herbeizuführen. Seit der formellen Aufnahme von Verhandlungen im Oktober 2012 in Oslo und bereits zuvor äußerten Wissenschaftler, Journalisten und die Beteiligten selbst mehrfach die Ansicht, dass die Erfolgchancen für ein Ende des Krieges diesmal besonders hoch seien (ICG 2012, Gómez Bechara 2012, Estrada Álvarez 2013). Die günstigen Voraussetzungen für einen erfolgreich Abschluss der Gespräche hängen mit diversen Entwicklungen der letzten Jahre zusammen. Sie resultieren zum Teil aus den mittelfristigen Konsequenzen der militärischen Offensive unter Präsident Uribe.

Die Abkehr von einer reinen Politik der militärischen Aufstandsbekämpfung hin zu einer erneuten Verhandlungsbereitschaft ist auf einen Strategiewechsel des 2010 gewählten Präsidenten Santos zurückzuführen. Der ehemalige Verteidigungsminister im Kabinett Uribe von 2006-2010 wandte sich relativ rasch von der Vorstellung, den Krieg gegen die Guerilla gewinnen zu können ab und propagierte einen flexibleren Ansatz der "harten Hand und des gütigen Herzens" (mano fuerte y corazón amable). Eine ähnliche Strategie fand bereits unter der Regierung

Die vergleichsweise günstigen Voraussetzungen, die Gespräche erfolgreich abzuschließen, hängen mit diversen Entwicklungen der letzten Jahre zusammen. Sie resultieren zum Teil aus den mittelfristigen Konsequenzen der militärischen Offensive unter Präsident Uribe.

Charakteristisch für die Haltung von Präsident Santos gegenüber den FARC ist die Annahme, dass nach über fünfzig Jahren bewaffnetem Konflikt keine Seite einen militärischen Sieg erlangen kann.

Pastrana (1998-2002) Anwendung (Fajardo 2013: 46). In diesem Sinne wurde von Seiten der Regierung Gesprächsbereitschaft signalisiert und rasch über informelle Kanäle Kontakt mit den FARC aufgenommen, ohne die militärische Bekämpfung der Guerilla fortzusetzen.

Charakteristisch für die Haltung von Präsident Santos gegenüber den FARC ist die Annahme, dass nach über fünfzig Jahren bewaffnetem Konflikt keine Seite einen militärischen Sieg erlangen kann. Diese Einschätzung wird von Ex-Präsident Uribe, seinen politischen Verbündeten und großen Teilen der Wirtschaftselite abgelehnt, mittlerweile allerdings von der Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung geteilt. In einer Umfrage des Instituts Gallup unterstützen 60-79 % der Befragten den Friedensprozess; je höher die sozioökonomische Schicht, desto größer der Anteil der Befürworter (Semana 2013c). Im Gegensatz zu den Verhandlungen unter Präsident Pastrana sieht sich die Regierung nach *Plan Colombia* und *Política de Defensa y Seguridad Democrática* von 2003-2010 (Politik der Verteidigung und demokratischen Sicherheit), in einer Position der Stärke (Echandía Castilla 2012: 52).

Die auf militärische Aufstandsbekämpfung fokussierten Programme schwächten sowohl die FARC als auch die ELN erheblich. Sie ermöglichten dem Staat, bestimmte Regionen des Landes der Kontrolle der Rebellengruppen zu entziehen (Bechara Gómez 2012: 25). Eine Verhandlungsposition der Stärke, die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung für Verhandlungen und der Wunsch, im Mai 2014 aufgrund eines erfolgversprechenden Frie-

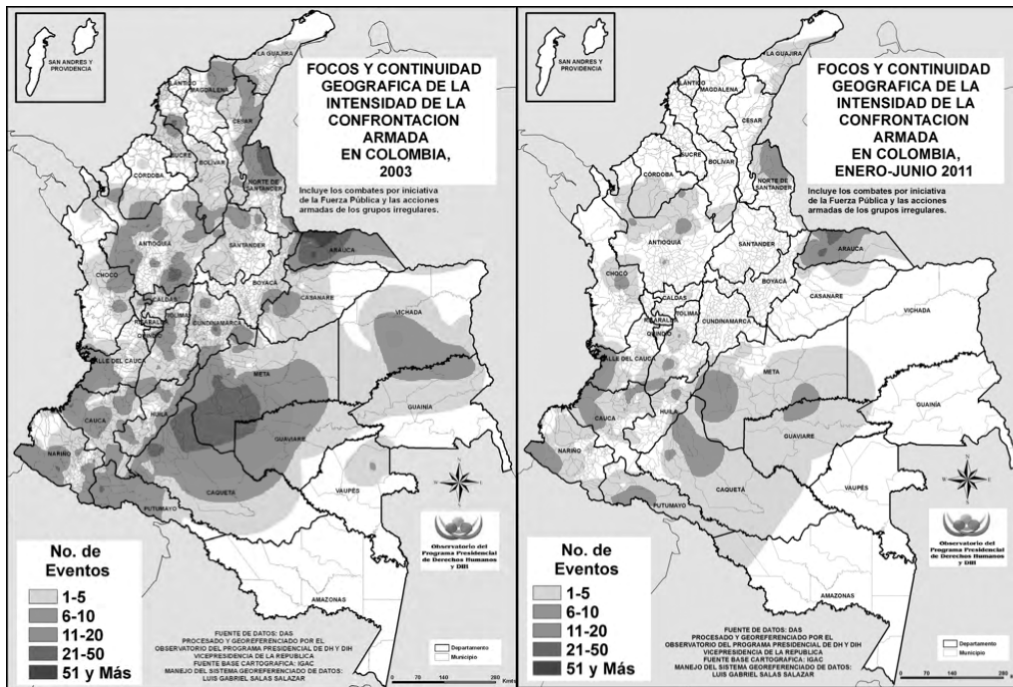
densdialogs wiedergewählt zu werden, waren wichtige Voraussetzungen für die Aufnahme von Gesprächen aus Sicht der Regierung.

Ursachen für die Verhandlungsbereitschaft der FARC

Aus dem letzten Versuch, einen Waffenstillstand zwischen den beteiligten Akteuren im bewaffneten Konflikt herzustellen, konnte die FARC militärisch gestärkt hervorgehen. Zwischen 2002 und 2010 änderte sich jedoch durch die Politik der *Seguridad Democrática* das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der regulären Streitkräfte. Die Motive und Beweggründe der Guerilla, nach über zehn Jahren wieder an einem Friedensdialog teilzunehmen, sind miteinander verknüpft und eine Folge der Offensive der Regierung von Präsident Uribe (Medina Gallego 2013: 86). Die Verringerung ihrer Operationsfähigkeit, die wachsende Diskreditierung in der ländlichen Bevölkerung, der Einbruch von finanziellen Einnahmequellen, die Dezimierung der Kombattanten und zunehmende Desertion waren die Hauptgründe der FARC, sich wieder auf Verhandlungen einzulassen.

Während die Guerilla noch zu Beginn des Jahrzehnts in verschiedenen Teilen des Landes militärisch präsent war, wurde sie seit 2002 durch Armee und Luftwaffe auf wenige Munizipien zurückgedrängt, insbesondere in die Departements Nariño, Cauca und Valle del Cauca im Süden und Südwesten des Landes (Echandía Castilla 2012: 52)

Mithilfe der logistischen, technischen und personellen Militärhilfe der Vereinigten Staaten wurden vor allem für die Guerilla geostrategisch und finanziell essentiell wichtige Fronten bekämpft, was die Operativität der FARC insgesamt stark einschränkte



Quelle: Programa Presidencial de Derechos Humanos y Derecho Internacional Humanitario 2014

(Bechara Gómez 2012: 25). Insgesamt verloren die FARC in der Amtszeit Uribes etwa 50 % ihrer Kombattanten, neun Mitglieder aus dem engen Kommandozirkel und einen erheblichen Teil ihrer Einnahmequellen aus der Drogenökonomie (Echandía Castilla 2012: 57-60). Die geschätzten Einkünfte aus Schutzgeldforderungen an Kokabauern, Drogenanbau und Drogenhandel fielen um etwa 60 % von 1,3 Mrd. USD im Jahr 2002 auf etwa 500 Mio. USD im Jahr 2008 (ICG 2009; Echandía Castilla 2012: 61).

Hinzu kamen die Verluste durch Gefangennahme oder Demobilisierung. Zwischen 2007 und 2009 verdoppelte sich laut Regierungsangaben und Informationen der ICG die Anzahl an Kämpfern, die desertierten. Besonders hoch war der Anstieg von Desertierenden bei Kombattanten, die bereits längere Zeit in den Reihen der Guerilla gekämpft hatten. Der ohnehin schwache Rückhalt in der Landbevölkerung sank bis 2008 auf einen Tiefstwert. In einer Umfrage aus äußerten sich damals 96% der Bevöl-

kerung negativ oder sehr negativ über die FARC (Echandía 2012: 52). Angesichts ihrer strukturellen Defizite versucht die FARC in Havanna, über Gestaltungsmöglichkeiten in der Landreform einen Kern ihrer politischen Agenda durchzusetzen. Dazu nutzt sie die Gespräche mit der liberalkonservativen Regierung Santos. Das Generalkommando der FARC und dessen Delegation verspricht sich vom Havanna-Prozess außerdem eine Option zur Etablierung als legale politische Kraft in der kolumbianischen Parteienlandschaft (FARC 2012).

Wann führen Verhandlungen zum Frieden?

FARC und ELN, aber auch kolumbianische Nichtregierungsorganisationen haben die gesellschaftliche Beteiligung als wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Friedensprozess bezeichnet. Allerdings zeigen Beispiele aus Nicaragua, El Salvador und Guatemala, dass in Staaten mit ähnlichen Gewaltkonflikten bisher eher Elitenpakete zur Un-

Angesichts ihrer strukturellen Defizite versucht die FARC in Havanna, über Gestaltungsmöglichkeiten in der Landreform einen Kern ihrer politischen Agenda durchzusetzen. Dazu nutzt sie die Gespräche mit der liberalkonservativen Regierung Santos.

Das "Caguán Syndrom" gilt als einer der Hauptgründe für das Scheitern der Verhandlungen Ende der 1990er Jahre unter Präsident Pastrana (1998-2002).

terzeichnung von Abkommen geführt haben. Die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren war eher begrenzt und eine geringere Anzahl von beteiligten Konfliktparteien führte zu erfolgreicherem Verhandlungsergebnissen (Peceny/St Stanley 2001). Beim gescheiterten Gesprächsversuch zwischen den FARC und der Regierung Pastrana 1998 gab es eine große Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen, was sich jedoch aufgrund fehlender Vertraulichkeit zwischen den beteiligten Akteuren eher negativ auswirkte. Insofern mögen Beteiligungsforen und eine inklusive Verhandlungsagenda auf den ersten Blick zwar die Legitimität des Verhandlungsprozesses erhöhen, frühere Erfahrungen suggerieren jedoch eine höhere Erfolgchance für einen Friedensvertrag bei einem eher exklusiveren Verhandlungsprozedere (Peceny/St Stanley 2001: 150f). Bei der Demobilisierung der M-19 und anderer kleinerer kolumbianischer Guerillas Anfang der 1990er Jahre wurden zwar größtenteils nur Fragen der Demobilisierung und Amnestie diskutiert, allerdings konnten diese Gruppen Einfluss auf die Verfassung von 1991 nehmen (Kurtenbach 2012: 3).

Warum frühere Verhandlungen scheiterten

Eine wichtige Konsequenz zogen demobilisierte FARC-Guerilleros und ihnen politisch nahestehende Aktivisten aus den gescheiterten Verhandlungen mit der Regierung Betancur (1982-1986). Nachdem Politiker der linken *Unión Patriótica* (UP) systematisch von Paramilitärs und anderen rechtsextremen Todesschwadronen gelyncht wurden, spielen Sicherheitsaspekte und -garan-

tien bei den laufenden Verhandlungen eine größere Rolle als vormals.¹ Die Basis des Vertrauens muss während der Gespräche so weit ausgebaut werden, dass die Implementierung des Abkommens durch die jeweils andere Seite gewährleistet werden kann. Dies betrifft auch die persönliche Sicherheit von demobilisierten FARC-Mitgliedern. Für die politische Beteiligung von ehemaligen Guerilla-Gruppen und die effektive Implementierung eines eventuellen Abkommens ist dies unabdingbar (Medina Gallego 2013: 108).

Das "Caguán Syndrom" gilt als einer der Hauptgründe für das Scheitern der Verhandlungen Ende der 1990er Jahre unter Präsident Pastrana (1998-2002). Die etwa 42.000 Quadratmeter große Region Caguán im Südosten des Landes wurde zu Beginn der damaligen Gespräche von der Regierung zur "demilitarisierten Region" erklärt. De facto jedoch konnten sich die FARC die Zone von der Größe der Schweiz aneignen und als militärisches Trainings- und Rückzugsgebiet sowie als Drogenanbaugelände nutzen (Echandía Castilla 2012: 49-53).

Durch die Kontrolle der Region gelang es der Guerilla, für den Drogenhandel strategisch wichtige Verkehrsadern zu kontrollieren und ihre Machtbasis zu stärken. Im Jahr 2002 verfügten 158 von 1098 Municipien im Land über keine staatliche Polizeipräsenz (Echandía Castilla 2012: 52). Diese Entwicklungen führten zu einem geringeren politischen Willen der FARC, die Verhandlungen ernsthaft durchzuführen. Ei-

¹ Zwischen 1985 und 1990 wurden ca. 5000 Anhänger und Politiker der aus ehemaligen FARC-Anhängern hervorgegangenen UP und 1990 ermordet (El Tiempo 2013a).

ne militärische Balance, die während der Regierungszeit von Präsident Pastrana in vielen Landesteilen zugunsten der Guerilla ausschlug, ließ eine politische Lösung des Konflikts für das Kommandosekretariat der FARC zunehmend unattraktiv erscheinen (Rampf 2012: 40). Das gewachsene Selbstbewusstsein, verbunden mit einer Kette von militärischen Erfolgen, veranlasste sie zu einer maximalistischen und kompromisslosen Verhandlungshaltung.

An der Haltung der damaligen Regierung wurde insbesondere kritisiert, dass ökonomische und soziale Themenfelder nicht verhandelbar gewesen seien. Präsident Pastrana bestand darauf, dass nur über eine Entwaffnung verbunden mit Strafmilderung diskutiert werden könne. Weder die nationalen Entwicklungspläne, noch das Thema Agrarreform, eine zentrale Forderungen der FARC, kamen auf die Gesprächsagenda (Fajardo 2013: 40). Kritisiert wurde auch, dass die starke militärische Drohkomponekte und die Unterordnung des Friedensprozesses unter die geo- und sicherheitspolitischen Interessen der USA im Rahmen der Antidrogenpolitik (*Plan Colombia*) die Agenda inakzeptabel gemacht hätten. Zudem wurden die Ursachen des bewaffneten Konflikts, z.B. die asymmetrischen Besitzverhältnisse und die eklatante sozio-ökonomische Ungleichheit in den ländlichen Gebieten Kolumbiens, schlicht negiert (Fajardo 2013: 41).

Die Durchführung der Gespräche auf nationalem Territorium und die fehlende Begleitung durch neutrale Beobachter, Garantiestaaten oder intergouvernementale Organisationen wirkten sich negativ auf die Verhandlungsbereitschaft der Konfliktparteien aus. Die Beteiligung von

sozialen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen mit Vorschlägen und Anträgen gewährleistete ein gewisses basisdemokratisches Element der Verhandlungen. Die Vertraulichkeit der Gespräche war jedoch dadurch nur ungenügend gegeben (Fajardo 2013: 40).

Veränderte Bedingungen im Havanna-Prozess

Die Gestaltung der Agenda des derzeitigen Friedensprozesses ist in vielerlei Hinsicht als Ergebnis eines Lernprozesses zu sehen. Die Regierung Santos ist heute dazu in der Lage, aus einer dominanten Position der Stärke heraus zu argumentieren und zu verhandeln. Sie macht nicht denselben Fehler wie die Regierung Pastrana, die Grundprobleme und Ursachen des Konflikts abzustreiten. Die Verhandlungsdelegation der Regierung kombiniert militärisches Drohpotential und die Aufrechterhaltung des Drucks gegenüber dem bewaffneten Kampf mit Gesprächsbereitschaft und Entgegenkommen bezüglich der Kernanliegen der Guerilla. Obwohl die Rhetorik der FARC-Delegation in Havanna eine teils kompromisslose Haltung vermuten lässt, kann man die ersten Vereinbarungen bezüglich Landreform, Schutz der Interessen des primären Wirtschaftssektors und politische Beteiligung der Guerilla als Indizien für eine erhöhte Kompromissbereitschaft interpretieren (Semana 2013a).

Zusätzlich besteht ein erheblicher Druck aus der Bevölkerung, zu einem Ergebnis zu kommen, was sich in der Zustimmung für die Friedensverhandlungen ausdrückt. Auch wenn der tatsächliche Anteil an Befürwortern der Gespräche in den letzten Jahren zwischen 60 - 80 % oszilliert hat, kann man von einem

Die Verhandlungsdelegation der Regierung kombiniert militärisches Drohpotential und die Aufrechterhaltung des Drucks gegenüber dem bewaffneten Kampf mit Gesprächsbereitschaft und Entgegenkommen bezüglich der Kernanliegen der Guerilla.

konstanten Signal der Öffentlichkeit ausgehen. In Meinungsumfragen wird der Frieden für Kolumbien im Jahr 2014 als absolute Priorität der Politik artikuliert (El Tiempo 2013b). Der Druck auf Regierung und FARC wird auch durch den zahlenmäßigen Anstieg an Koordinationsgruppen und Zusammenschlüssen von Nichtregierungsorganisationen deutlich (Semana 2014b).

Nichtsdestotrotz gilt es noch verschiedene Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, die dem erfolgreichen Abschluss und der Implementierung eines Abkommens im Wege stehen. Dazu gehört zum einen die Frage, wie die zweitgrößte Guerilla des Landes in den Prozess integriert werden kann. Zum anderen müssen die Probleme, die bei einer potenziellen Entwaffnung durch Abspaltungen entstehen können, erkannt werden. Weitere Faktoren sind die öffentliche Meinung, der zivilgesellschaftliche Rückhalt sowie die Einflussnahme jener politischen und wirtschaftlichen Akteure, die den Prozess scheitern lassen wollen.

Die ELN und der Friedensprozess

Seit Beginn der Gespräche zwischen den FARC und der kolumbianischen Regierung in Oslo und Havanna ist unklar, wie die ELN in den Friedensprozess integriert werden kann. Verglichen mit den FARC stellt die ELN eine deutlich kleinere Anzahl an Kombattanten und wird allgemein als weniger einflussreich betrachtet (ICG 2014: 1-4). Im Gegensatz zu den FARC, die eine vergleichsweise vertikale Kommandostruktur haben, sind die unterschiedlichen Fronten der ELN hochgradig autonom. Ihre finanziellen Einnahmequellen haben sich in den letzten zehn Jahren verändert. Waren früher Einnahmen

aus dem illegalen Anzapfen von Ölpipelines sowie Erpressungen und Entführungen die wichtigsten Ressourcen, ist mittlerweile der Drogenanbau und -handel ebenso wichtig, eine Praxis die vormalig abgelehnt wurde (ICG 2014: 6).

Die programmatischen Schwerpunkte der ELN unterscheiden sich von denen der FARC aufgrund ihres anderen Hintergrundes. Die ELN findet ihre Ursprünge in radikalen Sektoren der Gewerkschaften, in Studentenbewegungen und Sympathisanten der Kubanischen Revolution und wird durch Vertreter der sozialrevolutionären Theologie der Befreiung unterstützt (Pizarro Leongómez 2011: 27-32).

Auch mit der ELN wurden bereits Verhandlungen geführt, zuletzt während der ersten Amtszeit Uribes. Diese scheiterten jedoch an einem umfassenden Forderungskatalog, den die Guerilla als Bedingung für die Verhandlungen aufstellte und prinzipiell bis heute aufrechterhält. Sie fordert die Verstaatlichung von industriellen und extraktiven Sektoren (Erdöl, Erdgas, Mineralien, Kohle), eine umfassende Beteiligung der Zivilbevölkerung und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung (Medina Gallego 2013: 114-117). Diese für die Regierung inakzeptablen Forderungen haben die Aufnahme von Gesprächen mit der ELN bisher verhindert. Beide Seiten haben jedoch verkündet, grundsätzlich zum Dialog bereit zu sein (El Telégrafo 2013a). Indes haben bereits mehrere Staatshäupter aus Lateinamerika ihre Vermittlerrolle angeboten. José Mujica (Uruguay), Dilma Rousseff (Brasilien) und Rafael Correa (Ecuador) erklärten ihre Bereitschaft, als mögliche Gastgeber für Gespräche

Auch mit der ELN wurden bereits Verhandlungen geführt, zuletzt während der ersten Amtszeit Uribes. Diese scheiterten jedoch an einem umfassenden Forderungskatalog, den die Guerilla als Bedingung für die Verhandlungen aufstellte und prinzipiell bis heute aufrechterhält.

zu dienen (Bluradio 2014; Valero 2013; Semana 2014a).

Sowohl aus der Perspektive der Regierung als auch für das Gelingen eines Friedensprozesses insgesamt gibt es mehrere Gründe, weshalb ein zügiger Beginn von Gesprächen mit der ELN von Vorteil wäre. Erstens wäre ein Friedensprozess ohne die Beteiligung der ELN unvollständig, da diese nach wie vor mehrere Munizipien kontrolliert und ein militärischer Sieg der staatlichen Streitkräfte unwahrscheinlich ist. Zweitens besteht die Gefahr, dass nicht demobilisierungswillige Blöcke der FARC zur ELN überlaufen, wenn es nicht gelingt, mit beiden Guerillas einen Waffenstillstand zu schließen (ICG 2014: 3).

Hinzu kommt, dass die einzelnen Kampfverbände der ELN deutlich autonom agieren als die eher durch vertikale Macht- und Kommandostrukturen charakterisierten FARC. ELN-interne Konkurrenzkämpfe und Meinungsverschiedenheiten erschweren eine gemeinsame Position und könnten auch einen Verhandlungsprozess mit der Regierung behindern (ICG 2014: 4).

Je länger die ELN außen vor bleibt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein "sicherer Hafen" für FARC-Kombattanten werden kann. Einige Territorien und Operationsgebiete beider Gruppierungen überschneiden sich und in den letzten Jahren hat eine vermehrte Kooperation zwischen ihnen stattgefunden (ICG 2014: 19f). Ein Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration in solchen Gebieten könnte nicht effektiv durchgeführt werden und ein formaler Waffenstillstand zwischen FARC und Regierungstruppen würde behindert. Auch

die zivile Präsenz des Staates und der Staatsaufbau würden gehemmt.

Ob und wann sich die Regierung Santos für Friedensverhandlungen mit der ELN entscheidet, hängt von politisch-strategischen Entscheidungen ab, in die auch wahlkampfaktische Überlegungen einfließen. Das relativ gute Abschneiden von Uribe und seiner neugegründeten politischen Kraft bei den Kongresswahlen sowie die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Senat machen den Beginn der Verhandlungen noch vor den Präsidentschaftswahlen im Mai eher unwahrscheinlich. Möglicherweise setzt Präsident Santos auf eine Wiederwahl, um dann mit einem robusten Mandat die Annäherung mit der ELN anzugehen. Dazu ist er auch auf die breite Unterstützung der Kolumbianer angewiesen, die den Friedensprozess in verschiedener Form begleiten.

Gegner des Friedensprozesses

Neben dem ehemaligen Präsidenten Uribe und der ultrakonservativen Strömung CD gibt es weitere Akteure, die aufgrund von politisch-ideologischen Überzeugungen und ökonomischen Gründen kein Interesse an einem Friedensabkommen haben. Teilweise sind diese an einer Fortführung des bewaffneten Konflikts interessiert, weil sie von ihm profitieren oder versuchen, Zugeständnisse an Landwirte bezüglich einer Agrarreform zu verhindern (Fajardo 2013: 42f). Dies betrifft Teile der militärischen Elite, Großgrundbesitzer und Akteure aus dem Banken- und Finanzsektor, die aufgrund der Kriegsökonomie von Drogenhandel, Waffenhandel und Geldwäsche profitieren (Fajardo 2013: 43). Auch Finanziers von paramilitärischen Verbänden, *neoparamilitares*

Je länger die ELN außen vor bleibt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein "sicherer Hafen" für FARC-Kombattanten werden kann.

Die Aufarbeitung von Straftaten, die Entschädigung von Opfern des Krieges und das komplexe Themengeflecht von Übergangsjustiz und Amnestieregelungen stellen besonders hohe Hürden für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages dar.

oder sogenannte *bandas criminales emergentes* (neu entstehende kriminelle Banden, Bacrim) versuchen, den Prozess zu untergraben.

Das Thema Übergangsjustiz

Die Aufarbeitung von Straftaten, die Entschädigung von Opfern des Krieges und das komplexe Themengeflecht von Übergangsjustiz und Amnestieregelungen stellen besonders hohe Hürden für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages dar. Grund dafür sind vitale Interessen der Konfliktbeteiligten und legitime Anliegen der Opfer des jahrzehntelangen Krieges (Moncayo 2013: 17-19). Als fünfter und letzter Punkt des Havana-Prozesses soll dieser Themenkomplex nach der Problematik der illegalen Drogen behandelt werden.

Ein Kernproblem der Konfliktaufarbeitung besteht darin, dass Amnestieregelungen einerseits verhandlungsfördernd und für eine Beendigung des Krieges nützlich sein können, andererseits jedoch dem Recht der Opfer auf Strafverfolgung und Gerechtigkeit entgegenlaufen. Die Diskussion über Amnestiebestimmungen für ehemalige FARC-Kommandanten hat zudem bereits zu Forderungen von Anführern von Paramilitärs geführt, die eine gleiche Behandlung fordern würden (Kurtz 2012: 6).

Bei früheren Demobilisierungsprozessen wurden verschiedene Arten von Strafmilderung oder Straffreiheit Verantwortlicher durchgesetzt (Caracol 2013). Aufgrund der Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts und der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag könnten entsprechende Amnestieregelungen bei Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen internationales Recht verstoßen, da Kolumbien seit

2002 Vertragspartei des Römischen Statuts ist.

Sehr problematisch ist die Forderung der FARC, ihren hochrangigen Funktionären Amnestien oder ähnliche juristische Begünstigungen zu ermöglichen. Dies sei mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Kolumbiens und den internationalen Menschenrechtsstandards nicht vereinbar, stellte eine Delegation des IStGH während des Verhandlungsprozesses in Havanna fest (El País/Colombia 2013). Es besteht jedoch die Option, für sogenannte "politische Verbrechen" der Guerilla und für Mitglieder unteren Ranges Strafmilderung zu ermöglichen (ICG 2013: 18ff).

Die nationalen gesetzlichen Grundlagen für die Übergangsjustiz wurden 2010, 2011 und 2012 mit den Normen "Gesetz über die Opfer", dem "Rahmengesetz für Frieden" und dem "Wahrheitsabkommen" gelegt (ICG 2013: 3). Das Prinzip der Übergangsjustiz genießt dadurch Verfassungsrang und ermöglicht Maßnahmen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts unter größtmöglicher Beachtung der Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung (ICG 2013: 3). Für demobilisierte Kombattanten, die schwere Verbrechen begangen haben, sind verringerte Strafmaße (zwischen fünf und acht Jahren Freiheitsentzug) möglich, sofern die Betroffenen vollständig und garantiert demobilisieren und zur Wahrheitsfindung und Reparation bereit sind (ICG 2013: 4).

Die Verhandlungen über die exakten Konditionen der Übergangsjustiz stellen sich als langwieriger und komplizierter heraus als die bereits vereinbarten Punkte. Dies ist auf die hohe Sensibilität des Themas zu-

rückzuführen, das vitale Interessen, Rechte und Gefühle der Beteiligten berührt. Sollte es der Regierung und den FARC gelingen, ein vorläufiges Abkommen auszuhandeln, ist es die Aufgabe des kolumbianischen Kongresses, eine endgültige Übereinkunft zur Übergangsjustiz als Gesetz zu verabschieden (ICG 2013: 3).

Aufarbeitung und Versöhnung parallel zum Friedensprozess

Die Hinwendung zu einer systematischen Aufarbeitung der verübten Verbrechen während des bewaffneten Konflikts ist ein wichtiger Pfeiler in der Politik der Regierung Santos. Sie spiegelt sich in Deklarationen, dem Regierungsprogramm (*Plan Nacional de Desarrollo 2010-2014*, Nationaler Entwicklungsplan) und der Havanna-Agenda wider (Méndez 2011a, Gobierno de la República de Colombia/FARC 2012). Teil der Versöhnung ist laut Regierungsprogramm die Wiedereingliederung von demobilisierten Kombattanten durch die Schaffung von Anreizen, ohne das Recht der Opfer auf Gerechtigkeit zu verletzen (Méndez 2011a: 4f). Für die Entschädigung der Opfer sind sowohl gerichtliche und administrative als auch wirtschaftliche Maßnahmen definiert. Die Anerkennung der Verbrechen an den Opfern des Konflikts geht jedoch nicht mit einer Anerkennung durch den Staat einher, sie zielt stattdessen auf die "nationale Versöhnung und einen dauerhaften Frieden" (Méndez 2011a: 6).

Die Idee eines umfassenden Konzeptes von Aufarbeitung und Versöhnung wird auch von multisektorialen Verbänden vorangetrieben. Die Initiative *Reconciliación Colombia* (Versöhnung Kolumbiens), bestehend aus 35 Repräsentanten von Unternehmen, sozialen Bewegun-

gen, ausländischen Entwicklungsagenturen und Medien, verfolgt das Ziel eines "territorialen Friedens" (El Espectador 2014a). Dies sind Forderungen, die auch die FARC an den Verhandlungstisch in Havanna getragen hat (Semana 2013b). Gemeint ist damit, bei konkreten Maßnahmen zur Versöhnung und Aufarbeitung das Prinzip der Subsidiarität anzuwenden. Diese Maßnahmen sollen, soweit überschneiden sich die Vorstellungen der Verhandlungspartner im Wesentlichen, auf lokaler und nachbarschaftlicher Ebene stattfinden (Méndez 2011b: 20f, FARC 2012). Versöhnungs- und Reintegrationsmaßnahmen finden parallel zum Verhandlungsprozess in Havanna statt, beispielsweise in Form von regionalen Veranstaltungen, an denen ehemalige Guerilleros oder Paramilitärs mit Opfern gemeinsam teilnehmen. Sie äußern sich auch durch konkrete Projekte wie die Eingliederung von Ex-Kämpfern in Verwaltungsstrukturen oder private Unternehmen (Semana 2014b).

Folgen der Parlamentswahlen im März 2014

Am 9. März 2014 wurden die Abgeordneten beider Parlamentskammern neu gewählt. Angesichts der Tatsache, dass die Senats- und Repräsentantenhauswahlen die ersten landesweiten Abstimmungen seit Beginn der Friedensverhandlungen vor 15 Monaten waren, wurde ihnen eine wichtige Bedeutung beigemessen; zum einen als allgemeines Stimmungsbild für die Regierung Santos und den bisherigen Stand des Havanna Prozesses, zum anderen als Test für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 25. Mai (El País/Colombia 2014).

Die Ergebnisse und Auswirkungen der Parlamentswahlen in Bezug auf

Versöhnungs- und Reintegrationsmaßnahmen finden parallel zum Verhandlungsprozess in Havanna statt, beispielsweise in Form von regionalen Veranstaltungen, an denen ehemalige Guerilleros oder Paramilitärs mit Opfern gemeinsam teilnehmen.

den Friedensprozess und die Präsidentschaftswahlen werden unterschiedlich gedeutet. Die rechtskonservativen Kräfte um Ex-Präsident Uribe (CD) konnten insbesondere im Oberhaus (19 von 102 Senatoren), weniger jedoch im Unterhaus (12 von 166 Abgeordneten) einen kleinen Achtungserfolg feiern (Semana 2014f). Uribe selbst wird in der nächsten Legislaturperiode als stärkster Oppositionsführer im Senat ein Gegengewicht zur liberalkonservativen Koalition bilden, die Santos unterstützt.

Als ein Signal der "limitierten Toleranz" gegenüber den Gesprächen in Kuba wird das Wahlergebnis aus konservativer Perspektive betrachtet (Sierra Restrepo 2014). Die nun im Parlament repräsentierte Hardliner-Position kann jedoch allenfalls punktuell Druck auf den Friedensprozess ausüben. Zwar haben die Gegner der Friedensverhandlungen nun neben außerparlamentarischem Druck auch Vertreter in den nationalen Kammern, an der grundsätzlichen Agenda von Präsident Santos wird dies jedoch nichts ändern.

Die Santos und den Friedensprozess unterstützenden Parteien verfügen zwar immer noch über die Mehrheit im Unterhaus, im Senat wird es jedoch auf die Haltung der beiden linken Parteien und der Konservativen Partei (PC) ankommen, die bis vor kurzem Santos' Koalition unterstützt hat (Reyes L. 2014). Was die politische Präferenz der Abgeordneten des PC betrifft, so ist mit einer deutlichen Tendenz für das Santos-Lager zu rechnen (Ñunez 2014).

Der liberal-konservative Block *Unidad Nacional*, bestehend aus *Partido Social de Unidad Nacional (Partido de la U)*, *Partido Liberal* und *Cambio Radical* verfügt über 47 Sitze im Se-

nat (absolute Mehrheit: 52) und mindestens 92 (absolute Mehrheit: 84) im Unterhaus (Semana 2014g).

Zählt man die Vertreter der progressiven Parteien AV und PD hinzu, die Santos' FARC-Politik prinzipiell unterstützen, ist eine politische Mehrheit für die Fortsetzung des Prozesses weiterhin gegeben. Der amtierende Präsident wird sich also insgesamt in seiner Linie bestätigt fühlen und im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen allenfalls kosmetische Korrekturen in der Verhandlungsstrategie vornehmen und punktuelle Zugeständnisse an ad-hoc Partner auf der rechten (PC) oder linken Seite (PD und AV) machen müssen.

Die leicht veränderte Machtkonstellation im Kongress wird kurz- und mittelfristig auch Auswirkungen auf die laufenden Friedensverhandlungen haben. Für die FARC muss das Erstarken ihres schärfsten politischen Gegners ein Warnsignal sein. Den Verhandlungsführern der Guerilla wird dadurch klar, dass die Unterstützer der Hardlinerposition wieder parlamentarischen Rückhalt genießen und den Prozess torpedieren können. Sie sollten erkennen, dass das Zeitfenster der Möglichkeit nicht unbeschränkt offen ist und könnten vom Verhandlungsführer der Regierung, Humberto de la Calle, dazu gedrängt werden, Konzessionen zu machen. Die Verhandlungsstrategie der Regierung wird durch den Teilerfolg des *Uribismo* darauf abzielen, ihre Forderungen als geringeres Übel für die FARC darzustellen, während eine Rückkehr zur kompromisslosen militärischen Lösung noch weniger im Interesse der Guerilla wäre. Der etwas verengte Spielraum für die Regierung Santos kann bei den Verhandlungen in Havanna somit zu einem Vorteil und einer überzeu-

Die leicht veränderte Machtkonstellation im Kongress wird kurz- und mittelfristig auch Auswirkungen auf die laufenden Friedensverhandlungen haben. Für die FARC muss das Erstarken ihres schärfsten politischen Gegners ein Warnsignal sein.

genden Strategie werden. Sie könnte glaubhaft darstellen, dass ihre Bedingungen den FARC eher entgegenkommen würden als die Haltung der Verhandlungsgegner.

Fazit und Ausblick

Die laufenden Friedensverhandlungen in Havanna sind nicht die ersten in der neueren Geschichte des Landes. Trotz punktueller Zwischenergebnisse ist ein erfolgreicher Abschluss nicht gesichert. Die Positionen der beiden Konfliktparteien zu den Themen Agrarreform und Partizipation haben sich im Zuge der Gespräche etwas angenähert. Es gibt begründete Annahmen dafür, dass die Regierung prinzipiell dazu bereit ist, von ihrer starren Position des "Krieges gegen die Drogen" abzurücken und alternative Modelle zur Lösung der Probleme Drogenanbau, -handel und -kriminalität in Betracht zu ziehen (El Tiempo 2014a). Hervorzuheben ist auch, dass eine relativ konstante Bevölkerungsmehrheit die Fortführung der Verhandlungen begrüßt.

Sowohl die Regierung als auch die FARC müssen die Ergebnisse der Kongresswahlen am 9. März bei der Fortführung des Dialogs in Betracht ziehen. Fundamentale Prinzipien wie das Recht der Opfer auf Gerechtigkeit durch eine strafrechtliche Verfolgung der schwersten im Laufe des bewaffneten Konflikts begangenen Verbrechen können in keinem Fall verhandelbar sein, dies würde auch gegen geltendes Völkerrecht verstoßen. Davon dürfen staatliche und paramilitärische Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht ausgenommen werden. Im Hinblick auf die veränderten, aus Regierungsperspektive erschwerten, Mehrheitsverhältnisse im Senat muss Santos versuchen, so viele

Senatoren des PC wie möglich davon zu überzeugen, die Gespräche fortzusetzen.

Den FARC dürfte aufgrund der Parlamentswahlen bewusst geworden sein, dass ihre schärfsten Widersacher, die ultrakonservativen Vertreter des *Uribismo*, etwas an Stärke gewonnen haben. Sollten sie ihre Maximalforderungen bezüglich Amnestie nicht überdenken, könnte eine Einigung sehr schwierig werden. Konzessionen in den sensiblen Bereichen der Aufarbeitung und Wiedergutmachung sind jedoch auch in ihrem Interesse, da sie die Argumente der Gegner der Friedensprozesses und der militärischen Hardliner etwas entkräften würden. Ein Abbruch der Verhandlungen würde wahrscheinlich die Rückkehr zur militärischen Logik zur vermeintlichen Lösung des Konflikts bedeuten. Daran kann den FARC nicht gelegen sein.

Der weitere Fortgang der Gespräche in Havanna hängt kurzfristig auch von wahltaktischen Überlegungen ab. Präsident Santos gilt derzeit als Favorit für die Präsidentschaftswahlen, Enrique Peñalosa (AV) werden für die zweite Wahlrunde jedoch ebenfalls gute Chancen eingeräumt (Semana 2014h). Sollte bis zum 25. Mai noch ein Zwischenergebnis (Drogenpolitik) der Gespräche präsentiert werden, könnte Santos daraus politisches Kapital schlagen. Mit einer Einigung bezüglich der Verbrechensaufarbeitung ist vor den Wahlen eher nicht zu rechnen, zu unterschiedlich sind die entsprechenden Verhandlungspositionen bislang. Die Strategie der Regierung Santos im Hinblick auf die Wahlen besteht darin, die bisherigen Verhandlungsergebnisse als Erfolg darzustellen und ihr Profil gegenüber

Den FARC dürfte aufgrund der Parlamentswahlen bewusst geworden sein, dass ihre schärfsten Widersacher, die ultrakonservativen Vertreter des *Uribismo*, etwas an Stärke gewonnen haben. Sollten sie ihre Maximalforderungen bezüglich Amnestie nicht überdenken, könnte eine Einigung sehr schwierig werden.

Unabhängig davon, ob es den Kriegsparteien noch vor der Präsidentschaftswahl gelingt, ein weiteres Zwischenergebnis zu erzielen oder nicht: Von einem Ende des Konflikts und einem substantiellen Frieden ist Kolumbien noch weit entfernt.

dem Duo Zuluaga und Uribe zu schärfen. Der Präsident ist darum bemüht, sich als Garant eines allumfassenden Friedens (*paz total*) darzustellen (Semana 2014d).

Unabhängig davon, ob es den Kriegsparteien noch vor der Präsidentschaftswahl gelingt, ein weiteres Zwischenergebnis zu erzielen oder nicht: Von einem Ende des Konflikts und einem substantiellen Frieden ist Kolumbien noch weit entfernt. Es wäre nicht angebracht, einen möglichen Erfolg der Gespräche in Havanna mit einem endgültigen Ende des Konflikts gleichzusetzen, selbst wenn es in der Folgezeit zu einem definitiven Waffenstillstand und einer kontinuierlichen Demobilisierung der Kombattanten kommen sollte. Die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen mit der ELN ist aufgrund der verschiedenen genannten Gründe unabdingbar. Das Problem der Kriegsverbrechen durch paramilitärische Verbände konnte durch Demobilisierung nicht gelöst werden. Vergleichbare Gruppierungen verüben nach wie vor Gräueltaten an der Zivilbevölkerung.

Dem Friedensprozess und dem Ziel eines "stabilen und dauerhaften Friedens" (*paz estable y duradera*; Gobierno de la República de Colombia/FARC 2012) stehen noch viele Stolpersteine im Wege. Auch nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Konfliktparteien werden weitere Schritte notwendig sein, um die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen des Konflikts dauerhaft zu überwinden. Trotzdem bleibt zunächst zu hoffen, dass die Chancen, die sich durch die gegenwärtigen Verhandlungen bieten, sowohl von der Regierung als auch von den FARC genutzt werden. Andernfalls würde eine erneute Verhärtung der Fronten drohen, woran weder die Zivilbevölkerung, noch die Guerilla oder die Regierung Santos ein Interesse haben. Ein Abkommen in Havanna könnte zum Impulsgeber für die Überwindung und Aufarbeitung des längsten Gewaltkonflikts in Lateinamerika werden.

Bibliographie

- Bechara Gómez, Eduardo (Hrsg.) (2012): *¿Prolongación sin solución?: Perspectivas sobre la guerra y la paz en Colombia*. Bogotá: Universidad Externado de Colombia.
- Bluradio (2014): "Brasil sería sede de las negociaciones con el ELN"
<<http://www.bluradio.com/55396/brasil-seria-sede-de-las-negociaciones-con-el-eln>> (05.03.2014).
- Caracol (2013): "Expresidente Uribe promovió amnistías e indultos con M19: MinJusticia"
<<http://www.caracol.com.co/noticias/actualidad/expresidente-uribe-promovio-amnistias-e-indultos-con-m19-minjusticia/20130916/nota/1971721.aspx>> (13.03.2014).
- Caracol (2014): "Crece intención de voto por Santos"
<<http://www.caracol.com.co/noticias/actualidad/crece-intencion-de-voto-por-santos/20140227/nota/2102165.aspx>> (27.02.2014).
- Echandía Castilla, Camilo (2012): "Cambios en la conducta de las FARC en medio de la ofensiva militar en su contra. Elementos para un balance". In: Bechara Gómez, 45-74.
- Echandía Castilla, Camilo (2013): *Auge y declive del Ejército de Liberación Nacional (ELN)*. Bogotá: Fundación Ideas para la Paz.
- El Colombiano (2013a): "La paz no puede incumplir el estatuto de Roma: CPI"
<http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/L/la_paz_no_puede_incumplir_el_estatuto_de_roma_cpi/la_paz_no_puede_incumplir_el_estatuto_de_roma_cpi.asp> (13.03.2014).
- El Colombiano (2013b): "Gobierno y Farc anuncian acuerdos sobre participación política"
<http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/P/proceso_de_paz_gobierno_y_farc_anunciaran_acuerdo_sobre_participacion_politica_este_miercoles/proceso_de_paz_gobierno_y_farc_anunciaran_acuerdo_sobre_participacion_politica_este_miercoles.asp> (03.03.2014).
- El Espectador (2014a): "Reconciliación Colombia, una iniciativa para ambientar la paz"
<<http://www.elespectador.com/noticias/politica/reconciliacion-colombia-una-iniciativa-ambientar-paz-articulo-473025>> (12.03.2014).
- El Espectador (2014b): "Por ahora habrá segunda vuelta"
<<http://www.elespectador.com/noticias/politica/ahora-habra-segunda-vuelta-articulo-474378>> (12.03.2014).
- El País/Colombia (2013): "Farc y Gobierno Nacional llegaron a acuerdo sobre tema agrario en el proceso de paz" <<http://www.elpais.com.co/elpais/judicial/noticias/farc-y-gobierno-nacional-llegaron-acuerdo-sobre-tema-agrario-proceso-paz>> (13.03.2014).
- El País/Colombia (2014): "Segunda vuelta presidencial quedó servida tras elecciones legislativas"
<<http://www.elpais.com.co/elpais/elecciones/noticias/segunda-vuelta-presidencial-queda-servida-tras-elecciones-legislativas>> (12.03.2014).
- El Telégrafo (2013a): "ELN quiere negociar la paz" <<http://www.telegrafo.com.ec/mundo/item/eln-quiere-negociar-la-paz.html>> (13.03.2014).
- El Telégrafo (2013b): "Santos afianza su reelección en diálogos de paz"
<<http://www.telegrafo.com.ec/mundo/item/santos-afianza-su-reeleccion-en-los-dialogos-de-paz.html>> (11.03.2014).
- El Tiempo (2013a): "Renace la Unión Patriótica"
<http://www.eltiempo.com/opinion/editoriales/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-12924130.html> (12.03.2014).
- El Tiempo (2013b): "La paz es la prioridad del 2014: Líderes de opinión"
<http://www.eltiempo.com/politica/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-13167219.html> (08.03.2014).
- El Tiempo (2014a): "Nadie puede decir que estamos ganando la guerra contra las drogas"
<http://www.eltiempo.com/politica/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-13447335.html> (14.03.2014).
- El Tiempo (2014b): "Voto en blanco aún domina las presidenciales"
<<http://www.eltiempo.com/elecciones-2014/presidencia/encuesta-sobre-elecciones-presidenciales-y-senado/13580058>> (12.03.2014).
- Estrada Álvarez, Jairo (Hrsg.) (2013): *Solución política y proceso de paz en Colombia: A propósito de los diálogos entre el Gobierno y las Farc-EP*. Minneapolis, MN: Ocean Sur.
- Fajardo Marulanda, Nelson Raúl (2013): "¿Camino de una paz estable y duradera?" In: Estrada Álvarez, 35-60.
- FARC (2012): "Discourse pronounced on the 18th of october 2012 at the opneing of the peace dialogues in Oslo" <<http://farc-epeace.org/index.php/oslo-discourse.html>> (25.02.2014).

- Gobierno de la República de Colombia, FARC (2012): "Acuerdo general para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera" <<https://www.mesadeconversaciones.com.co/sites/default/files/AcuerdoGeneralTerminacionConflicto.pdf>> (02.03.2014).
- Gómez Bechara, Eduardo (2012): "¿Prolongación sin solución? Perspectivas sobre la paz y la guerra en Colombia". In: Bechara Gómez, 23-44.
- International Crisis Group (2012): "Colombia: Peace at Last?" *Latin America Report* N°45 – 25 September 2012 <<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/latin-america/colombia/045-colombia-peace-at-last.pdf>> (25.02.2014).
- International Crisis Group (2013): "Transitional Justice and Colombia's Peace Talks." *Latin America Report* N°49 – 29 August 2013 <<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/latin-america/colombia/049-transitional-justice-and-colombia-s-peace-talks.pdf>> (05.03.2014).
- International Crisis Group (2014): "Left in the Cold? The ELN and Colombia's Peace Talks." *Latin America Report* N°51 – 26 February 2014 <<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/latin-america/colombia/051-left-in-the-cold-the-eln-and-colombia-s-peace-talks.pdf>> (01.03.2014).
- Kurtenbach, Sabine (2012): "Kolumbien - Der weite Weg zu Kriegsbeendigung und Frieden." *GIGA Focus Lateinamerika* 11/2012 <http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1211.pdf> (06.03.2014).
- Medina Gallego, Carlos (2013): "Guerra y paz durante el Gobierno de Santos." In: Estrada Álvarez, 85-120.
- Méndez, María Lucía (2011a): *La reconciliación en la coyuntura política del Gobierno Santos*. Bogotá: Friedrich Ebert Stiftung Colombia.
- Méndez, María Lucía (2011b): *Revisión de la literatura especializada en reconciliación*. Bogotá: Friedrich Ebert Stiftung Colombia.
- Moncayo, Víctor Manuel (2013): "Las conversaciones en La Habana: Una compleja oportunidad para la paz en Colombia." In: Estrada Álvarez, 9-34.
- Ñunez, Rogelio (2014): "¿Quién gana y quién pierde en las legislativas colombianas?" <<http://www.infolatam.com/2014/03/10/¿quien-gana-y-quien-pierde-en-las-legislativas-colombianas/>> (11.03.2014).
- Peceny, Mark/ Stanley, William (2001): "Liberal Social Reconstruction and the Resolution of Civil Wars in Central America." In: *International Organization* 55 (1): 149-82.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (2011): *Las Farc (1949-2011): De guerrilla campesina a máquina de guerra*. Colección Documentos. Bogotá: Grupo Editorial Norma.
- Rampf, David (2012): *Soziale Rebellion oder kriminelles Banditentum? Eine Analyse der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC-EP*. Uelvesbüll: Der Andere Verlag.
- Reyes L., Elizabeth (2014): "El presidente Santos gana su primer pulso en su apuesta por la paz." <http://internacional.elpais.com/internacional/2014/03/10/actualidad/1394481552_911841.html> (11.03.2014).
- Semana (2013a): "Farc y Gobierno logran acuerdo en tema agrario" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/farc-gobierno-logran-acuerdo-tema-agrario/344557-3>> (11.03.2014).
- Semana (2013b): "Este es el acuerdo alcanzado entre Gobierno y Farc" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/gobierno-farc-alcanzan-acuerdo-sobre-participacion-en-politica/363693-3>> (08.03.2014).
- Semana (2013c): "Los ricos son que más apoyan el proceso de paz" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/ricos-apoyan-proceso-de-paz-encuesta-colombia-opina/366179-3>> (12.03.2014).
- Semana (2014a) "¿Los elenos a Ecuador?" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/ecuador-como-posible-sede-para-eln/372481-3>> (08.03.2014).
- Semana (2014b): "Seis departamentos comparten sus experiencias de reconciliación" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/reconciliacion-entre-antioquia-gran-tolima-en-encuentro-de-reconciliacion-colombia/376945-3>> (11.03.2014).
- Semana (2014c): "Santos: 28 %, Zuluaga: 8 %, Peñalosa: 5 %, López: 4 %, Ramírez: 3 %, Avella: 2 %" <<http://www.semana.com/nacion/elecciones-2014/articulo/juan-manuel-santos-lidera-intencion-de-voto-en-las-presidenciales/378893-3>> (10.03.2014).
- Semana (2014d): "Santos ya es candidato presidencial." <<http://www.semana.com/nacion/elecciones-2014/articulo/santos-se-inscribe-como-candidato-presidencial/379365-3>> (11.03.2014).
-

- Semana (2014e): "¿Cómo le fue a Uribe? Calificación: 4,5 sobre 5" <<http://www.semana.com/nacion/elecciones-2014/articulo/alvaro-uribe-llega-al-senado-pisando-fuerte/380043-3>> (11.03.2014).
- Semana (2014f): "Elecciones de Congreso 2014" <<http://www.semana.com/nacion/multimedia/asi-queda-conformado-el-senado-la-camara/380053-3>> (15.03.2014).
- Semana (2014g): "La radiografía del nuevo legislativo" <<http://www.semana.com/nacion/articulo/asi-queda-conformado-el-nuevo-congreso/380651-3>> (16.03.2014).
- Semana (2014h): "Santos gana en primera vuelta, Peñalosa en segunda" <<http://www.semana.com/nacion/elecciones-2014/articulo/santos-gana-en-primera-vuelta-penalosa-en-segunda/380733-3>> (16.03.2014).
- Sierra Restrepo, Álvaro (2014): "¿Cómo será la paz con el uribismo a bordo?" <<http://www.semana.com/nacion/elecciones-2014/articulo/como-sera-la-paz-con-el-uribismo-en-el-congreso/380032-3>>.
- Solaún, Mauricio (2012): "U.S. Interventions in Latin America: Plan Colombia." In: *ACDIS Occasional Paper Series* <<http://acdis.illinois.edu/assets/docs/267/USInterventionsinLatinAmericaPlanColombia.pdf>> (06.03.2014).
- Valero, Daniel (2013): "Mujica ofrece a Uruguay para los diálogos con ELN." <http://www.eltiempo.com/politica/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-13078641.html> (10.03.2014).

IBERO-ANALYSEN- bisherige Ausgaben:

- Heft 1:** Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Mario Solórzano, Oktober 1999)
- Heft 2:** Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Raúl Leis, Dezember 1999)
- Heft 3:** Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Jörg Meyer-Stamer, Mai 2000)
- Heft 4:** Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Raúl Trejo Delarbre, Juni 2000)
- Heft 5:** Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (Jürgen Weller, September 2000)
- Heft 6:** Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Alvaro de la Ossa, Dezember 2000)
- Heft 7:** Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero, Januar 2001)
- Heft 8:** Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Nicolás Lynch Gamero, Februar 2001)
- Heft 9:** Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (Hartmut Sangmeister, März 2001)
- Heft 10:** Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Günther Maihold, Dezember 2001)
- Heft 11:** Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (José Antonio Sanahuja, Dezember 2003)
- Heft 12:** Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Hugo Fazio Vengoa, Oktober 2003)
- Heft 13:** Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (Rodrigo Arocena, November 2003)
- Heft 14:** Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (Hartmut Sangmeister, November 2003)
- Heft 15:** Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (Bruno Wilhelm Speck, März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darraz, November 2005)
- Heft 17:** „Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“ Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)
- Heft 18:** Haben die alten Eliten ausgedient? Eliten und Macht in Lateinamerika – das Beispiel Chile (Cristóbal Rovira Kaltwasser, Februar 2006)
- Heft 19:** Nach dem Wiener Gipfel. Europas schwierige Suche nach einem besonderen Verhältnis zu Lateinamerika (Günther Maihold, Juni 2006)
- Heft 20:** Die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (Raúl Bernal-Meza, Juli 2006)
- Heft 21:** Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht (Nikolaus Werz, Dezember 2007)
- Heft 22:** Die China-Connection: Chinesische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika (Hartmut Sangmeister / Yingyi Zhang, September 2008)
- Heft 23:** Das neue Lateinamerikakonzept der Bundesregierung: Politikinnovation durch Konzeptentwicklung? (Günther Maihold, Oktober 2010)
- Heft 24:** Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht? (Rocío Bravo Salazar, Mai 2012)
- Heft 25:** Zwischen Wahrheit und Amnesie. Die schwierige Aufarbeitung der Militärdiktatur in Brasilien (Iasmin Goes, Dezember 2012)
- Heft 26:** Offizielle Stellungnahmen und internationales Medienecho zum Tod des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (Isabella Hermann, Juni 2013)
- Heft 27:** Chancen und Stolpersteine im kolumbianischen Friedensprozess (Olivier Vogel, März 2014)